

NIEDERSCHRIFT Schul/017/2013

über die Sitzung des **Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am 26.02.2013 in der **Mensa der Don-Bosco-Hauptschule**.

Vorsitzende:

Frau Maggie Rawe

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp	Vertretung für Herrn Bernhard Kortmann bis zu TOP 1. nö. S.
Herr Ludger Kleideiter	
Herr Bernd Kösters	
Herr Hans-Jürgen Dittrich	
Frau Margarete Köhler	
Herr Ulrich Schlieker	

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Bernd Heuermann	bis einschl. TOP 1. nö. S.
Frau Ursula Kratz	bis Verlauf zu TOP 3 ö. S.
Frau Stephanie Weitkamp	Vertretung für Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Roman Gerding	

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Frau Mechthild Gaußelmann	
Herr Alexander Kahlert	
Frau Bettina Weiss	
Herr Pfarrer Thomas Ring	bis einschl. TOP 2. ö. S.

Vortragender Gast:

Herr Ludger Althoff	zu TOP 2. ö. S.
---------------------	-----------------

Entschuldigt fehlen:

Herr Propst Hans-Bernd Series
Frau Barbara van der Wielen

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	
Frau Ines Höselmann	nur ö. S.
Herr Hubertus Messing	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Frau Rawe stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Raumkonzept für das Schulzentrum

Auf Vorschlag von Frau Rawe wird jeweils einem Vertreter der Eltern und der Schüler Rederecht erteilt.

Frau Dirks erläutert unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage, den chronologischen Ablauf und die Gründe für das erstellte Raumkonzept. Weiter teilt sie mit, dass sich inzwischen eine Arbeitsgruppe gebildet habe, die sich mit dem Raumkonzept beschäftigen werde. Des Weiteren sei ihr von einer Mutter nach der Demonstration in der vergangenen Woche eine Liste mit 106 Unterschriften von Realschülern, die in den Räumlichkeiten der Geschwister-Eichenwald-Realschule bleiben wollen, übergeben worden.

Frau Kratz stellt fest, dass einiges sehr schief gelaufen sei. Damals sei den Schülern versprochen worden, dass sie bis zum Ende ihrer Schullaufbahn in ihren Räumlichkeiten bleiben können. Bei der Entwicklung des Schulkonzeptes hätte auffallen müssen, dass Jahrgänge nicht auseinandergerissen werden können und entsprechende Räumlichkeiten benötigt werden. Dass man jetzt erst zu der Erkenntnis gelange, dass das damalige Versprechen nicht eingehalten werden kann, sei ein Unding. Sie könne verstehen, dass Eltern und Schüler unzufrieden seien. Außerdem könne es nicht richtig sein, dass der Lehrerrat über das beste Konzept entscheide und die übrigen Beteiligten nicht mitgenommen würden. Gerade in dem neuen Schulleben könne man keinen Ärger gebrauchen. Es seien Fehler passiert, die schnellstens und gut ausgebügelt werden müssen.

Herr Brockamp macht deutlich, dass es kontraproduktiv wäre, wenn heute ein Raumkonzept festgelegt würde. Im Vorfeld hätten vernünftige Gespräche mit allen Beteiligten geführt und dem Ausschuss dann ein abgestimmtes Konzept vorgelegt werden müssen. Aber die Verwaltung sei vorgeprescht und habe Schüler und Eltern vor vollendete Tatsachen gestellt. Er habe im Laufe der Diskussionen den Eindruck gewonnen, dass die Schüler noch am vernünftigsten seien. Es sei nicht in Ordnung, dass sie als Politiker hier das Diskussionsforum eröffnen sollten.

Herr Roman Gerding kritisiert den Verweis auf die Bezirksregierung in der

Sitzungsvorlage. Damit wolle sich die Verwaltung doch nur absichern. Nach seiner Auffassung könne es sich bei der von den Vorsitzenden der Klassenpflegschaften der Realschule mitgetragenen Empfehlung des Lehrerrates nur um ein vorläufiges Meinungsbild und nicht um ein endgültiges Votum handeln, weil die Eltern untereinander noch nicht einmal hierüber reden konnten. In Zeiten, in denen viel von Transparenz geredet werde, würden Eltern vor vollendete Tatsachen gestellt. In der Schülermitverwaltung hätten sich 4/5 der Schüler gegen das Raumkonzept ausgesprochen. Die Beharrlichkeit der Schüler verdiene ein großes Lob und hohe Anerkennung. An der Demonstration hätten sich sicherlich noch mehr beteiligt, wenn die Bürgermeisterin nicht schon im Vorfeld gesagt hätte, dass die Schüler nichts mehr bezwecken könnten.

Frau Dirks gibt Herrn Roman Gerding Recht, dass das Engagement der Schüler bewundernswert ist. Sie habe aber den Schülern auch gesagt, dass die Lösung, die heute präsentiert werde, nicht endgültig sein müsse. Wenn es eine andere Lösung gebe, die ebenfalls die angestrebten Ziele erreiche, dann sei sie offen. Derzeit gebe es aber keine andere Lösung. Jetzt habe sich ein Arbeitskreis gebildet, der sich mit der Problematik beschäftige. Immerhin gehe es um den Schulstandort Billerbeck, den man im Interesse aller Schulen berücksichtigen müsse.

Herr Roman Gerding entgegnet, dass es doch nicht die Aufgabe der Eltern und Schüler sei, ein Konzept zu entwickeln.

Herr Schlieker spricht den Schülern ebenfalls ein großes Lob aus. Er habe sich gefragt, warum die Schülermitverwaltung nicht in die Überlegungen einbezogen wurde. Außerdem müsse er als Mitglied des Schulausschusses kein Konzept entwickeln. Er wolle ein abgestimmtes und befriedigendes Konzept zur Kenntnis nehmen und wolle sich hier nicht vor den Karren spannen lassen.

Herr Dittrich stellt fest, dass Kritik an dem Weg, wie die Dinge gelaufen seien, deutlich geworden sei und jetzt den Schulleitungen, Vertretern des Arbeitskreises und Schülern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden sollte.

Frau Weiss führt aus, dass sie im Herbst erste Überlegungen zur Raumsituation angestellt hätten. Daraufhin seien Gespräche in der Steuergruppe und im Lehrerrat geführt worden. Dann habe ein Austausch mit der Hauptschule stattgefunden. Gleichzeitig hätten sich auch die Schulleitungen kurzgeschlossen. Gemeinsames Ziel sei gewesen, für alle drei beteiligten Schulen eine sinnvolle, gleichberechtigte und tragbare Lösung zu finden. Alle hätten eingesehen, dass es für die Gemeinschaftsschule nicht die beste Lösung wäre, wenn alles so bliebe wie es ist. Deshalb sei über Alternativen nachgedacht worden, wobei es nicht viele Möglichkeiten gebe. Entweder gehe die Hauptschule in die Realschule oder die Realschule in die Hauptschule, um einen Zusammenschluss der Gemeinschaftsschule zu ermöglichen. Letztlich sei die jetzt im Raume stehende Lösung als die beste und tragbarste angesehen worden. Dabei seien natürlich eine ganze Reihe von organisatorischen und pädagogischen Fra-

gen zu klären, auf die sie im Einzelnen gar nicht eingehen wolle. Sie hätten nach der besten Lösung für die nächsten 3 Jahre gesucht, damit nicht jedes Jahr neu überlegt werden müsse.

Frau Gaußelmann führt aus, dass es so aussehe, als ob es sich um eine Entscheidung der Lehrerräte handele. Richtig sei, dass die Lehrerräte gemeinsam überlegt und das Ergebnis in die Lehrerkollegien und dann in die Schülermitverwaltung hineingetragen hätten. Dann seien die Schulleitungen zur gleichen Lösung gekommen und die städt. Überlegungen gingen ebenfalls in diese Richtung. Sie hätten festgestellt, dass die Real- und Hauptschüler genau in das Hauptschulgebäude passten und viele Dinge für diese Lösung sprechen. Auf dem Weg zur Lösung sei ergebnisoffen diskutiert worden. Auch wenn es in der Hauptschule sehr viel Rummel geben werde, stünde ihr Kollegium 100%-ig hinter dieser Lösung. Sie wünschten sich, dass die Diskussionen bald beendet würden, damit nach Ostern in den Lehrerkonferenzen ein gemeinsamer Zeitplan erstellt werden könne. Sie seien bereit, aus der veränderten Situation das Beste zu machen.

Herr Gerding als Elternvertreter weist darauf hin, dass er als Mitglied des Arbeitskreises, der gestern erstmals getagt habe, als Vater eines Realschulkindes und als Schulpflegschaftsmitglied spreche. Im Wesentlichen wolle er festhalten, dass viele Eltern und Schüler vom Raumkonzept deshalb nicht überzeugt seien, weil sie es nicht nachvollziehen könnten. Er hoffe, dass in dem morgigen Gespräch mit dem Schulträger die noch fehlenden Informationen nachgeliefert werden. Ihnen sei vermittelt worden, dass die Unruhe während des klassenübergreifendes Unterrichtes der Gemeinschaftsschule und die unterschiedliche Taktung Grund für den Wechsel sein soll. Nachfragen bei verschiedenen Schülern hätten das nicht bestätigt. Nach jetzigem Kenntnisstand ergäben sich aber nur Vorteile für die Gemeinschaftsschule, die dann in einem Gebäude schalten und walten könne wie sie wolle. Die Real- und Hauptschüler seien eindeutig benachteiligt, sie müssten sich auf neue Dinge einstellen. Außerdem werde das soziale Gefüge nicht unbedingt zum Vorteil verändert, wenn in der Hauptschule nur noch die Klassen 8, 9 und 10 untergebracht seien. Diese Altersgruppe sei schwierig. Die Schüler in der 8. Klasse werden sich wieder als die Kleinsten fühlen. Die 10er würden im entscheidenden Schuljahr gestört und gebremst in ihrer Schulleistung. Die Schüler hätten sich damals für die Schulform der Realschule und für das Realschulgebäude entschieden. Das werde hinfällig. Wegen der Fachräume müssten die Realschüler häufiger pendeln. Der „Chaostag“ wäre nicht mehr möglich, weil zwei Schulformen in nur einem Gebäude untergebracht seien. Eltern und Schüler hätten sich damals sehr stark bei der Namensgebung der Geschwister-Eichenwald-Realschule eingesetzt. Die Realschule sei mit Mitteln des Fördervereins ausgestattet worden, auch dafür hätten sich die Eltern stark eingesetzt. Das wäre dann alles für die Katz

Der Arbeitskreis habe gestern entschieden, dass das für morgen anberaumte Gespräch mit dem Schulträger abgewartet und danach entschieden werden soll, wie es weiter gehen soll.

Zur Vorgehensweise des Schulträgers sei von den Ausschussmitgliedern

schon einiges aufgezählt worden. Bei der damaligen Gründung der Gemeinschaftsschule sei versprochen worden, dass jeder Schüler bis zum letzten Schultag in der eigenen Schule bleiben könne. Jetzt stelle sich heraus, dass die Schüler hinters Licht geführt wurden.

Außerdem seien sie recht einseitig nur von Befürwortern des Raumkonzeptes informiert worden, anschließend sei die Abstimmung erfolgt. Dabei sei deutlich gemacht worden, dass es sich dabei nur um eine persönliche Meinung handele und auf keinen Fall um die der Schulpflegschaft. Der Schulträger habe in der Schulpflegschaftsversammlung zugesagt, dass das Konzept nicht umgesetzt werde, wenn Schüler, Eltern oder Lehrer mit dem Konzept nicht einverstanden seien.

Herr Gerding (Elternvertreter) wirft die Frage auf, warum die Schüler jahrgangsweise informiert wurden und nicht alle zusammen. Hinterher seien viele resigniert gewesen, weil angeblich das Konzept schon beschlossen sei. Ähnlich sei es bei den Eltern gewesen. Es könne doch nicht richtig sein, dass die Eltern ein besseres Konzept vorlegen sollen. Nichts desto trotz hätten sie einen Arbeitskreis gebildet und wollten versuchen, das Beste aus der Situation zu machen. Traurig sei es, dass die Hauptschule und die Gemeinschaftsschule bisher noch nicht unterrichtet wurden.

Dem widerspricht Frau Gaußelmann mit dem Hinweis, dass alle Eltern einen Elternbrief erhalten hätten. Anwesende Eltern bestätigen, dass sie informiert wurden.

Herr Gerding (Elternvertreter) fasst zusammen, dass die derzeitige Situation für viele unerträglich sei; bei Schülern und Eltern werde die Politikverdrossenheit gefördert und Vertrauen in Schule und Verwaltung zerstört. Viele Schüler würden unter der Situation leiden. Zur Vorgehensweise des Schulträgers könne er nur sagen: „Setzen, Note 6, Klassenziel nicht erreicht.“

Herr Heuermann betont, dass man sich an Versprechen halten sollte. Wenn das nicht möglich sei, müsse man die Beteiligten ins Boot holen.

Herr Dittrich führt aus, dass die Schilderungen des Herrn Gerding (Elternvertreter) deutlich gemacht hätten, dass der Prozess sehr unglücklich gelaufen sei. Auch die späte Beteiligung des Schulausschusses sei nicht in Ordnung. Es sollte noch Zeit gegeben sein, damit über Alternativen nachgedacht werden könne. Außerdem halte er es nicht für glücklich, dass das Raumkonzept nur zur Kenntnis genommen werden solle. So gehe man nicht mit Politikern sowie Schülern und Eltern um.

Herr Schlieker führt an, dass man sich heute nicht mit den Inhalten beschäftigen sollte. Als Kommunalpolitiker wolle er sich nicht vor den Karren spannen lassen. Er glaube, dass noch ein Informationsbedarf bestehe. Da morgen ein Gespräch geplant sei, stelle er den Antrag, die Diskussion jetzt zu beenden und die Angelegenheit in die zuständigen Gremien zurückzugeben und zu versuchen, möglichst ergebnisoffen eine Lösung zu finden.

Der Antrag wird **einstimmig** angenommen.

2. Bericht und Ausblick zur Schulsozialarbeit

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Althoff und Frau Höselmann anwesend.

Herr Althoff geht auf die Situation der Schulsozialarbeit für alle 4 Schulen in Billerbeck ein. Im Hinblick darauf, dass Ende 2013 die Mittel aus dem BUT-Programm wegfallen werden, wolle er jetzt schon dafür werben, die Zeit bis Ende 2013 zu nutzen, um die Weichen für eine Fortführung der bisher erfolgreichen Arbeit der Schulsozialarbeit zu stellen.

Frau Höselmann berichtet dann über die inhaltliche Arbeit an den einzelnen Schulen. Mittlerweile habe sie 896 Beratungsgespräche mit Schülern, Eltern und Lehrer geführt. Erfreulich sei, dass immer mehr Schüler aus den oberen Klassen zu ihr kämen. Außerdem habe sie das Gefühl, bei allen Schulformen gut angekommen sein. Abschließend erläutert sie die Verwendung der BUT-Mittel und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Rawe schlägt vor, dass sich dieser Ausschuss in der ersten Sitzung nach den Sommerferien mit der Weiterführung der Fachstelle beschäftigen soll.

Diesem Vorschlag schließen sich die Ausschussmitglieder einstimmig an.

3. Freibadsaison 2013

hier: Eingabe des Fördervereines und CDU Fraktionsantrag zur Abdeckung des Beckens

Es besteht Einvernehmen, dass zunächst über die Wassertemperatur und anschließend über die Abdeckung diskutiert wird.

Frau Dirks teilt ergänzend zur Sitzungsvorlage mit, dass sie 21 Zuschriften von Schülern der Gemeinschaftsschule zur Erhöhung der Wassertemperatur und zur Anhebung der Eintrittsgelder erhalten habe. Die meisten Schüler wären im Hinblick auf die Frühschwimmer für eine Anhebung auf 23°, zumindest morgens. Allerdings sollten die Frühschwimmer dann auch mehr Eintritt zahlen.

Um die Attraktivität des Freibades zu erhöhen, so Herr Brockamp, sollte die Wassertemperatur auf 23° erhöht werden, zumal die Hoffnung bestehe, evtl. noch eine Abdeckung zu bekommen.

Frau Kratz spricht sich ebenfalls für eine Erhöhung der Wassertemperatur aus, die Eintrittspreise sollten unverändert bleiben. Das Billerbecker Freibad sei immer ein familienfreundliches Bad gewesen und das sollte auch weiterhin im Vordergrund stehen.

Herr Schlieker hält eine Wassertemperatur von 23° für wünschenswert. Er sei aber nicht bereit, noch mehr in das Freibad zu investieren und die Mehrkosten hierfür in Höhe von rd. 7.600,-- € hinzunehmen. Dieses Geld sollte besser für die Schulsozialarbeit ausgegeben werden. Es müsse doch möglich sein, die Mehrkosten sozialverträglich auf die Eintrittspreise umzulegen. Bei ca. 37.000 Besuchern im Jahr würde das eine Erhöhung um durchschnittlich 25 Cent bedeuten.

Herr Dittrich ist ebenfalls für eine Erhöhung der Wassertemperatur auf 23° unter Beibehaltung der jetzigen Eintrittspreise.

Herr Kösters weist darauf hin, dass das Freibad durch eine Erhöhung der Wassertemperatur attraktiver werde. Das werde auch zu mehr Besuchern und damit mehr Einnahmen führen. Falls das nicht der Fall sei, könne man immer noch über eine Erhöhung der Eintrittspreise nachdenken.

Herr Brockamp wirft die Frage auf, inwieweit eine geringere Erhöhung um ca. 10 – 15 Cent durchsetzbar wäre.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass von den rd. 38.000 Besuchern viele Saisonkarten erworben hätten, also die Mehrkosten nur auf Einzelkarten umgelegt werden können. Um die Mehrkosten in Höhe von rd. 7.600,-- € zu kompensieren, müssten die Einzelkarten nicht um 25 Cent, sondern um 50 Cent oder ggf. mehr angehoben werden. Außerdem stehe und falle der Erfolg des Freibades mit dem Wetter.

Frau Rawe macht deutlich, dass den Freibadnutzern doch klar gemacht werden müsse, dass eine Erhöhung der Wassertemperatur Geld koste und deshalb die Eintrittspreise angehoben werden müssen. Vor 2 Jahren sei die Temperatur doch gesenkt worden, weil man sich die Kosten nicht mehr leisten konnte.

Herr Schlieker spricht sich eindringlich für eine Erhöhung der Eintrittspreise aus. Von allen, die eine Erhöhung nicht mittragen, erwarte er demnächst Vorschläge zur Finanzierung der Schulsozialarbeit.

Mit der Aussicht eine Abdeckung zu bekommen, sollten die Eintrittspreise jetzt nicht erhöht und zunächst 1 Jahr abgewartet werden, so Herr Brockamp.

Herr Schlieker betont, dass die Abdeckung ursprünglich eine Idee der Grünen gewesen sei. Wenn die Abdeckung zu Kosteneinsparungen führe, sei das zu begrüßen. Aber das Freibad werde bereits jährlich mit 80.000,-- € bezuschusst. Die Verwaltung sei in der letzten Sitzung doch beauftragt worden, darzustellen, wie die Mehrkosten möglichst sozialverträglich auf die Eintrittspreise umgelegt werden können.

Frau Rawe moniert, dass ein solcher Vorschlag heute nicht vorliegt.

Herr Dittrich vermisst ebenfalls den konkreten Vorschlag der Verwaltung zu den Eintrittspreisen.

Nach weiterer Diskussion fasst der Ausschuss auf Vorschlag von Frau Rawe folgenden

Beschluss:

Die Wassertemperatur des Freibades wird zur Badesaison 2013 auf 23 ° erhöht. Nach der Saison ist erneut über die Saison zu berichten und über die weitere Vorgehensweise zu beraten.

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Ratssitzung einen Vorschlag vorzulegen, wie eine sozialverträgliche Eintrittspreisstaffelung aussehen könne, um die 7.600,-- € Mehrkosten zu kompensieren. Ein endgültiger Beschluss, ob eine Erhöhung und wenn ja in welcher Höhe vorgenommen wird, soll im Rat getroffen werden, damit ggf. rechtzeitig zur kommenden Badesaison eine Umsetzung erfolgen kann.

Stimmabgabe: 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Herr Roman Gerding merkt an, dass er quasi „entmündigt“ werde, weil er kein Ratsmitglied sei.

Herr Brockamp macht deutlich, dass er die Ausführungen der Verwaltung zur Abdeckung in der Sitzungsvorlage nicht nachvollziehen könne. Der Vergleich mit Havixbeck passe nicht, da das Becken dort sehr viele Ecken und Rundungen habe. Eine versenkbare Abdeckung halte er für zu teuer. Die Verwaltung sollte kreativ sein und prüfen, ob eine mittels Rollen verschiebbare Abdeckung hinter einer anzupflanzenden Hecke als Sichtschutz in Betracht komme. Hierzu sollte das Amt für Denkmalpflege befragt und dann der Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten beteiligt werden.

Frau Rawe stimmt Herrn Brockamp zu. Sie gehe auch davon aus, dass es andere Möglichkeiten gebe.

Frau Dirks stellt heraus, dass es sich heute nur um einen Zwischenbericht handele und noch Alternativen mit verschiedenen Techniken geprüft würden.

Nach weiterer Diskussion besteht Einvernehmen, dass nach Abschluss der Freibadsaison über eine Abdeckung beraten wird und ggf. ein Vertreter des Amtes für Denkmalpflege hieran teilnehmen soll.

4. Mitteilungen

Keine

5. Anfragen

5.1. Instandsetzung von Steckdosen in der Zweifachturnhalle - Herr Gerding

Herr Gerding bittet darum, in der Zweifachturnhalle möglichst zügig offene Steckdosen mit einem Schutz zu versehen. In der Umkleide Nr. 4 habe der Haartrockner keine Abdeckung und funktioniere seit über einem Jahr nicht mehr. Darüber hinaus hingen Kabel aus der Wand heraus. Verwaltungsseitig wird Überprüfung und Abhilfe zugesagt.

5.2. Notfallakten für die Schulen - Herr Dittrich

Herr Dittrich weist darauf hin, dass für die weiterführenden Schulen noch keine Objektakten vorliegen. Diese seien im Falle einer Gewaltaktion äußerst wichtig, deshalb bestehe dringender Nachholbedarf. Er appelliere sowohl an die Schulen als auch an die Stadt tätig zu werden.

Herr Messing erklärt, dass die Verwaltung die entsprechende Vorarbeit geleistet habe und es jetzt an den Schulen sei, sich abzustimmen und die Akten mit Inhalt zu füllen.

Maggie Rawe
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann
Schriftführerin